

Der Zensurbalken im eigenen Auge



Von **Andreas Rosenfelder**

Chefkommentator und Ressortleiter Meinungsfreiheit

Stand: 12:59 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten



„Nichts mit Zensur zu tun“? Anna-Lena von Hodenberg,
Geschäftsführerin von HateAid

Quelle: Andrea Heinsohn Photography/Hate Aid

Die Entrüstung über die US-Sanktionen gegen die NGO HateAid darf nicht blind machen: Die Meldestellen sind Machtinstrumente eines linken Meinungskartells. Eine Schlüsselrolle spielt darin ein alter Parteifreund Robert Habecks.

Wer garantiert die Meinungsfreiheit in Deutschland? Sind es diejenigen, die im Sinne Kants den Mut haben, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen – selbst dann, wenn sie dabei in Konflikt mit Autoritäten geraten? Oder ist es das Grundgesetz, das die Bürger vor staatlicher Bevormundung und Überwachung schützt und mit Artikel 5 – „Eine Zensur findet nicht statt“ – eine unmissverständliche Lehre aus der Erfahrung der Diktatur zieht?

Beides falsch, könnte man meinen, wenn man sich heute im Heimatland der Aufklärung umhört: Richtig sichergestellt wird die Meinungsfreiheit – so heißt es immer öfter – erst durch Meldestellen, die im staatlichen Auftrag darüber wachen, dass keine falschen, schädlichen oder gefährlichen Meinungen in Umlauf geraten. Das tut zum Beispiel die Berliner NGO HateAid (<https://www.welt.de/kultur/deus-ex-machina/plus694ebc5df6fc544dba9b4303/die-verzichtbaren-von-hateaid-je-weniger-linker-kontrollwahn-desto-besser.html>), ganz so, wie es der Digital Services Act (DSA) der EU (<https://www.welt.de/kultur/plus248189090/Digital-Service-Act-der-EU-DSA-Eine-umfassende-Datenanalyse-der-Zensur.html>) seit 2022 vorsieht. Finanziert mit dem Geld deutscher Steuerzahler, kämpft HateAid gegen „Hass, Gewalt und systematische Desinformation“ – beziehungsweise gegen das, was woke Aktivisten unter diesen ebenso suggestiven wie dehnbaren Begriffen verstehen. Die HateAid-Gründerin Anna-Lena von Hodenberg arbeitete vorher für das linke Kampagnenportal Campact, das auf der Straße und im Internet zum Kampf „gegen Rechts“ mobilisiert – also im Zweifel auch „gegen die Merz-CDU“ (<https://www.campact.de/blog/2025/01/campact-kampagne-gegen-die-merz-cdu/>). Campact wiederum ist Gründungsgesellschafter des Subventionsempfängers HateAid (<https://hateaid.org/das-ist-hateaid/#finanzieren>). Hier schließt sich der Teufelskreis des professionellen Kulturkampfs.

Wie kommt solch ein hochideologischer Thinktank, der die Politik einer Minderheit vertritt, zu der staatstragenden Ehre, „die Meinungsvielfalt“ in Deutschland im Regierungsauftrag zu „stärken“, wie das im Neusprech von HateAid heißt? Nun, das hat der deutsche Cheftechnokrat Klaus Müller (<https://www.welt.de/kultur/plus239733127/Energie-Krise-Die-Macht-der-moralischen-Klasse.html>) so entschieden, ein alter Parteifreund Robert Habecks. Der grüne Wirtschaftsminister berief Müller 2022 zum Präsidenten der Bundesnetzagentur. Und genau diese intransparente Regierungsbehörde, eine Schwundstufe des Postministeriums, wurde von der Ampel-Regierung aberwitzigerweise mit der Umsetzung des hochsensiblen DSA-Gesetzes beauftragt.

Man muss diese klebrigen Zusammenhänge genau betrachten, um zu erkennen, wer in Deutschland heute – unter Umgehung demokratischer und verfassungsrechtlicher Spielregeln – das kostbare Verfassungsgut der Meinungsfreiheit verwalten darf: Es ist ein Meinungskartell linksgrüner Eliten, die auf die Ansichten der Bevölkerungsmehrheit angeekelt herabsehen.

Bislang arbeitete dieses Kartell mehr oder weniger unsichtbar im Hintergrund – und rückte allenfalls in den Blick, wenn einmal ein Rentner wegen eines harmlosen Politikerwitzes im Internet im Morgengrauen Polizeibesuch bekam. Solche „Exzesse“ wurden dann gerne als „überzogen“ kritisiert, als handle es sich um bedauerliche Einzelfälle. Tatsächlich stellt das, was medial bekannt wird, aber nur die Spitze eines Eisbergs (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article6931d59611f914c89b853254/vorwurf-politiker-beleidigung-hunderte-straftaetraege-merz-ausuferndes-agieren-in-eigener-sache.html>) dar. Der Fehler liegt im System.

Die US-Regierung hat mit ihrer Entscheidung, die HateAid-Geschäftsführerinnen Josephine Ballon und Anna-Lena von Hodenberg als „Zensoren“ einzustufen und mit Einreisesperren zu belegen, einen Sturm der Solidarisierung (<https://www.welt.de/politik/ausland/article694bfd87f6fc544dba9b2f4d/hateaid-entruestung-nach-us-einreiseverbot-bereiten-uns-auf-das-schlimmste-vor.html>) hervorgerufen. Doch die Entrüstung über das illiberale Instrument des Einreiseverbots, das Deutschlands Außenminister Johann Wadephul zurecht als „nicht akzeptabel“ bezeichnete, darf nicht blind machen für den Zensurbalken im eigenen Auge.

Hermeneutik des Verdachts

„Unsere Arbeit hat nichts mit Zensur zu tun“, behauptet Ballon im „Spiegel“ (<https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/hateaid-man-gibt-sich-nicht-einmal-muehe-sich-eine-schluessige-begrueendung-auszudenken-a-6baaf3de-1399-4fd6-abdd-8495b57c0ad5>) treuherzig: „Inhalte entfernen nur die Plattformen, und Strafverfolgung machen Polizei und Staatsanwaltschaft.“ Formal trifft es zu, dass „Trusted Flagger“ – also „vertrauenswürdigen Hinweisgeber“ des Staates, wie man den gruseligen EU-Terminus wohl übersetzen muss – lediglich Meldung erstatten. Doch die amtliche Autorität dieser Meldungen schafft im Zusammenspiel mit alarmierten Ermittlungsbehörden und moralisierenden Gerichten schleichend eine neue Rechtswirklichkeit. Hier herrscht nicht mehr die Vermutung für die Freiheit, sondern die Hermeneutik des Verdachts. Sie ist Gift für jede Demokratie.

„Die Redefreiheit ist die Grundlage unserer starken und lebendigen europäischen Demokratie“, dekretierte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (<https://x.com/vonderleyen/status/2003818915483517175>) (CDU) nach der Verhängung der US-Sanktionen auf X: „Wir sind stolz auf sie und werden sie schützen. Weil die EU-Kommission die Wächterin unserer Werte ist.“

Die EU-Kommission als Hüterin der Redefreiheit? Eine unheimliche Vorstellung. Ursula von der Leyens Digital Services Act ist das mächtigste Instrument zur Regulierung der Meinungsfreiheit, das in der westeuropäischen Nachkriegsgeschichte je geschaffen wurde. Wie so oft entfaltet eine im Namen hehrer Absichten verhängte EU-Maßnahme hier eine destruktive Wirkung. Die Beauftragung des demokratisch nicht legitimierten NGO-Komplexes mit der Umsetzung ist nur der offensichtlichste Konstruktionsfehler des Gesetzes.

Wenn Europa die Meinungsfreiheit ernsthaft verteidigen und das verlorene Vertrauen vieler Bürger zurückgewinnen will, muss es das DSA-Gesetz auf den Prüfstand stellen – und parteiischen Akteuren wie HateAid sofort den staatlichen Auftrag entziehen. Sie verteidigen nicht die Meinungsfreiheit, sie haben sie bereits schwer beschädigt. Um das zu erkennen, braucht es eigentlich keine autoritären Ansagen aus den Vereinigten Staaten. Dazu genügt der eigene Verstand.